

**Antrag 63/I/2018****KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Mietpreispolitik der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA)**

1 Die Mitglieder der SPD Bundestagsfraktion und die sozial-  
 2 demokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden  
 3 aufgefordert sich dafür einsetzen, dass die gesetzlichen  
 4 Rahmenbedingungen, die die Geschäftsführung der Bun-  
 5 desanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) regeln, geän-  
 6 dert werden. Ziel einer Änderung des „Gesetzes über die  
 7 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“ (BlmAG) ist, dass  
 8 die Immobilien der BlmA nicht mehr ausschließlich „nach  
 9 kaufmännischen Grundsätzen“ zu verwalten sind. Vgl. § 1  
 10 Abs. 1 S. 5 BlmAG. Vielmehr soll eine an sozialen Grund-  
 11 sätzen orientierte Mietpreisgestaltung nicht nur möglich  
 12 sein, sondern explizit gefordert werden. Im Vorgriff auf ei-  
 13 ne Änderung des BlmA-Gesetzes sollen sich die Mitglie-  
 14 der der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokra-  
 15 tischen Mitglieder der Bundesregierung dafür einsetzen,  
 16 dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundesta-  
 17 ges im Rahmen seiner Kompetenzen in Abstimmung mit  
 18 dem Bundesministerium für Finanzen die Geschäftsfüh-  
 19 rung der BlmA zu einer entsprechenden Mietpreispolitik  
 20 verpflichtet.

21  
 22 Um die Gesetzesinitiative möglichst schnell anzutreiben  
 23 sollen die sozialdemokratischen Mitglieder im Berliner  
 24 Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mit-  
 25 glieder des Berliner Senats eine Bundesratsinitiative ein-  
 26 bringen, um einen Ausschuss zu bilden, in dem die BlmA  
 27 ihre Geschäftspolitik mit den Ländern erläutert.

28

29

**Begründung**

31 Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) ver-  
 32 fügt bundesweit über einen Bestand von mehr als 37.000  
 33 Wohnungen. Sie gehört damit zu den bundesweit größ-  
 34 ten Wohnungsunternehmen. Im Land Berlin, einem Ge-  
 35 biet mit einem sehr angespannten Wohnungsmarkt, ge-  
 36 hören der BlmA mehr als 4.800 Wohnungen, die sich über  
 37 nahezu alle Bezirke (u. a. auch Steglitz-Zehlendorf) vertei-  
 38 len.

39

40 Die Mieterinnen und Mieter dieser Wohnungen werden  
 41 regelmäßig mit Mieterhöhungen der BlmA konfrontiert.  
 42 Allein in 2016 hat fast jede zweite Mietpartei ein Miet-  
 43 erhöhungsverlangen erhalten. Dabei zeigte sich, dass die  
 44 BlmA den gesetzlichen Rahmen in ihrer Mietpreispolitik  
 45 voll ausschöpft und den Mietpreis bis an den oberen Rand  
 46 des Mietspiegels anhebt. Auch im Bereich der Wiederver-  
 47 mietung nutzt die BlmA die gesetzlichen Möglichkeiten

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die Mitglieder der SPD Bundestagsfraktion und die sozial-  
 demokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden  
 aufgefordert sich dafür einsetzen, dass die gesetzlichen  
 Rahmenbedingungen, die die Geschäftsführung der Bun-  
 desanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) regeln, geän-  
 dert werden. Ziel einer Änderung des „Gesetzes über die  
 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“ (BlmAG) ist, dass  
 die Immobilien der BlmA nicht mehr ausschließlich „nach  
 kaufmännischen Grundsätzen“ zu verwalten sind. Vgl. § 1  
 Abs. 1 S. 5 BlmAG. Vielmehr soll eine an sozialen Grund-  
 sätzen orientierte Mietpreisgestaltung nicht nur möglich  
 sein, sondern explizit gefordert werden. Im Vorgriff auf ei-  
 ne Änderung des BlmA-Gesetzes sollen sich die Mitglie-  
 der der SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokra-  
 tischen Mitglieder der Bundesregierung dafür einsetzen,  
 dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundesta-  
 ges im Rahmen seiner Kompetenzen in Abstimmung mit  
 dem Bundesministerium für Finanzen die Geschäftsfüh-  
 rung der BlmA zu einer entsprechenden Mietpreispolitik  
 verpflichtet.

**Sie werden zudem aufgefordert regelmäßig über den  
 Sachstand zu berichten.**

Um die Gesetzesinitiative möglichst schnell anzutreiben  
 sollen die sozialdemokratischen Mitglieder im Berliner  
 Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mit-  
 glieder des Berliner Senats eine Bundesratsinitiative ein-  
 bringen, um einen Ausschuss zu bilden, in dem die BlmA  
 ihre Geschäftspolitik mit den Ländern erläutert.

48 voll aus, so dass deren Angebotsmieten deutlich über den  
49 ortsüblichen Vergleichsmieten nach dem Mietspiegel so-  
50 wie drastisch über den Mieten der Vormieter liegen. Im Er-  
51 gebnis beteiligt sich die BlmA, in deren Wohnungen viele  
52 Rentner, Familien sowie Klein- und Mittelverdiener woh-  
53 nen, als Preistreiberin am Berliner Wohnungsmarkt.

54

55 Der Vorstand der BlmA sowie die bisherige Leitung des  
56 Bundesfinanzministeriums berufen sich darauf, dass die  
57 für die BlmA geltenden Regelungen im „Gesetz über die  
58 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“ (BlmAG) das Un-  
59 ternehmen dazu verpflichten, bundeseigene Immobilien  
60 „nach kaufmännischen Grundsätzen“ zu verwalten. Somit  
61 scheidet eine mieterfreundliche, sozialverträgliche Miet-  
62 preispolitik aufgrund rechtlicher Gegebenheiten aus.

63

64 Nachdem im Sommer 2017 abermals erhebliche Mieterhö-  
65 hungsverlangen ausgesprochen wurden, die selbst Mit-  
66 telverdiener an den Rand ihrer finanziellen Leistungsfä-  
67 higkeit bringen, hat sich in Steglitz-Zehlendorf eine Mie-  
68 terinitiative gegründet. Diese Gruppe betroffener Miete-  
69 rinnen und Mieter hat durch öffentliche Aktionen wie  
70 das Abfassen eines offenen Briefes an den Bundesfinanz-  
71 minister, der die BlmA politisch führt, und den BlmA-  
72 Vorstand auf die aus ihrer Sicht sozialunverträgliche Mie-  
73 tenpolitik aufmerksam gemacht. Lokale und überregiona-  
74 le Medien sowie mehrere Nachrichtenmagazine der ARD  
75 haben das Thema aufgegriffen und publiziert.

76

77 In Folge des öffentlichen Drucks haben sich auch die Ko-  
78 alitionspartner auf Bundesebene mit der Unternehmens-  
79 politik der BlmA auseinandergesetzt, aber leider nur mit  
80 Blick auf die Veräußerung bundeseigener Wohnbauflä-  
81 chen politische Vorgaben formuliert. Eine Regelung zur  
82 Mietenpolitik der BlmA fehlt. Es bedarf daher dringend ei-  
83 ner (unter-)gesetzlichen Regelung, die es der BlmA nicht  
84 nur ermöglicht, sondern sie dazu verpflichtet, eine sozial-  
85 verträgliche und die Interessen der Mieterinnen und Mie-  
86 ter berücksichtigende Mietpreispolitik zu gestalten, so  
87 wie es viele andere kommunale oder landeseigene Woh-  
88 nungsunternehmen ebenfalls praktizieren.